Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 9.60** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	Samstag 28. Oktober 1922	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet 6.— M., bei Mehrabnahmen entsprechender Preisnachlaß.	Nr. 43

Inhalt der Nummer:

Die Entscheidung über die Präsidentenwahl.
Krisenluft.
Abg. Stresemann über die Reichspräsidentenwahl.
An die deutschen Pazifisten!
Die Devisenverordnung und ihre Wirkung. Von Dr. Otto Hugo.
Die angelsächsische Kriegsschuld. Von Dr. Herbert Stegemann.
Das Ende der deutschen Finanzhoheit.
Vorwärts und Stadtfinanzen.
Das Reichsschulgesetz. Von Dr. Otto Everling, M. d. R., Nikolassee.
Die D. V. P. und die religiösen Sonntagsblätter.
Versicherung der Angestellten.
Geistige Not.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Die Entscheidung über die Präsidentenwahl.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Die Verhandlungen über die Vornahme der Reichspräsidentenwahl haben am Mittwoch den Verlauf genommen, den man voraussehen konnte. Die Sozialdemokraten zeigten sich anfangs einem vernünftigen Vergleich abgeneigt, und da sie mit den Deutschnationalen, die auf den 3. Dezember festgelegt sind, eine parlamentarische Mehrheit bilden, so hätte sich dem vereinten Willen dieser beiden Fraktionen gegenüber eine Verschiebung der Wahl nicht durchsetzen lassen. In der sozialdemokratischen Partei hatte sich die Absicht, die Wiederwahl Eberts so bald wie möglich zu betreiben, ziemlich tief eingewurzelt. Sie fand dabei Unterstützung bei der Regierung und besonders bei dem Innenminister Dr. Köster, der es sogar für richtig gehalten hat, während der Ferienabwesenheit des Kanzlers in Konstanz die Festlegung der Wahl auf den 3. Dezember dieses Jahres im Reichskabinett durchzudrücken und der dann auch von sich aus bereits die Vorbereitung der Wahl in die Hand nahm, ohne einen Beschluß des Reichstages überhaupt abzuwarten. Die Deutsche Volkspartei hatte diesen Entschlüssen gegenüber einen sehr schweren Stand, und es ist im wesentlichen der Beharrlichkeit ihrer Vertreter und der Unterstützung durch das Zentrum und die Bayrische Volkspartei zu danken, daß die Verschiebung der Wahl doch noch durchgesetzt werden konnte.

Es ist schwer zu sagen, ob der Vorschlag des Abgeordneten Hermann Müller, an Stelle der Volkswahl eine Bestätigung Eberts für die Dauer von sieben Jahren zu setzen, der sozialdemokratischen Fraktion sehr genehm war. Bezeichnenderweise hat sich der Abg. Dittmann gegen diesen Vorschlag ausgesprochen und die sozialdemokratische Fraktion hat sich für ihn auch nicht recht erwärmt. Für die Deutsche Volkspartei war er jedenfalls unannehmbar, da er die Voraussetzung der Verhandlungen vollständig verschob. Es kam ja nicht darauf an, dem Reichspräsidenten Ebert durch eine feierliche Handlung des Reichstages ein großes Vertrauensvotum auszusprechen und seine provisorische Wahl gewissermaßen zu bestätigen, sondern es handelte sich nur darum, eine Wahlbewegung, die aus innen- und außenpolitischen Gründen nur schädlich sein kann, jetzt zu vermeiden. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß das deutsche Volk nach der Neuwahl des Reichstages auch die beste Gelegenheit hätte, über die Neubesetzung des Reichspräsidiums zu entscheiden. Ob man die beiden Wahlakte zeitlich um ein halbes Jahr von einander trennte, fiel dabei nicht ins Gewicht.

Diese allgemein politischen und außerordentlich gewichtigen Gründe haben sich dann schließlich auch durchzusetzen vermocht. Die Sozialdemokratie, die ursprünglich nach der Versicherung des „Vorwärts" zwischen dem Vorschlag des Herrn Müller und der Volkswahl keinen Mittelweg anerkennen wollte, hat dann doch so viel Vernunft angenommen, um ihre parteipolitischen Gesichtspunkte zurücktreten zu lassen und den Vermittlungsvorschlag des Zentrums anzunehmen, demzufolge die Amtszeit des Präsidenten bis zum Juni 1925 läuft und die Neuwahl im Anfang des Jahres 1925 vorgenommen wird. Bei der sozialdemokratischen Entscheidung mag wohl auch die Erwägung mitgesprochen haben, daß die Deutsche Volkspartei nach einem Scheitern ihres Vorschlages den Wahlkampf, wenn er einmal unvermeidlich war, mit aller Entschiedenheit aufgenommen hätte, und zwar durch die Aufstellung eines gesamtbürgerlichen Kandidaten, der den Wahlaussichten des Herrn Ebert unbedingt gefährlich werden mußte. Die Sozialdemokraten haben von allem Anfang an die Kandidatur Ebert als eine Parteisache betrachtet. Hätte man dieser beschränkten Plattform gegenüber einen allgemeinen bürgerlichen Kandidaten aufgestellt, so hätte zweifellos das Bürgertum Farbe bekannt und dadurch wäre auch die an sich günstige Wahlaus[sicht] Eberts in Gefahr geraten. Aber alle diese Ge[danken]gänge sind nun glücklicherweise dadurch vermieden, [daß] die Parteien sich auf eine Verschiebung der W[ahl] geeinigt haben. Diese Verschiebung soll, wie nochmals betont sei, keine Vertrauenskundgebung für Herrn Ebert sein und sie hat auch nicht die Bedeutung einer nachträglichen Bestätigung seiner Wahl durch die Nationalversammlung. Sie schafft lediglich eine zurzeit unerwünschte [Si]tuation auf dem Wege und daß sich mit dieser Verschiebung [die] Auffassung der Deutschen Volkspartei trotz aller Schwierigkeiten durchgesetzt hat, ist im allgemeinen Interesse zu begrüßen und wird uns in den nächsten Monaten zustatten kommen.

Krisenluft.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.

Der Reichstag ist wieder einmal mit Krisenluft geladen. Es sind zweifellos innerhalb der Regierung und auch innerhalb der Regierungskoalition große Schwierigkeiten vorhanden. Schwierigkeiten, die den Bestand des gegenwärtigen Regierungsgebäudes zu gefährden scheinen. Will man diesen kritischen Zustand, in dem wir uns zurzeit befinden, kurz kennzeichnen, so geschieht es am besten und treffendsten mit der Feststellung, daß die Regierung und namentlich die Sozialdemokratie mit ihrem Latein am Ende ist. Jedenfalls hat man bisher noch nie in der gleichen Stärke wie heute den Eindruck gehabt, daß die Entwickelung der Regierung und der Regierungskoalition über den Kopf wächst. Die Regierungskrisis ist diesmal der allerdeutlichste Ausdruck der Hilflosigkeit und des Unvermögens, die Schwierigkeiten der Lage noch zu meistern.

Der „Vorwärts" bietet dafür ein recht lehrreiches Spiegelbild. Mit vielen Leitartikeln hat er vor ganz kurzer Zeit noch die Notverordnung gegen die Devisenspekulation vorbereitet und offenbar in Kenntnis der getroffenen Vorbereitungen erklärt, so wie bisher gehe es nicht weiter, gegen den Sturz der Mark müsse etwas getan werden. Die Devisenverordnung erschien und der Sturz der Mark ist seitdem in einem Eiltempo fortgeschritten, das bis jetzt unerhört war. Abermals schreibt der „Vorwärts", so könne es nicht weitergehen. Und wieder hat er, wie es scheint, dabei Kenntnis von neuen Maßnahmen, die getroffen werden sollen. Am meisten werden als solche genannt die Schaffung eines sogenannten wertständigen Papiers und die

Beschlagnahme der im Privatbesitz befindlichen Devisenvorräte. Der Reichsfinanzminister setzt allen diesen überstürzten Maßnahmen einen durchaus berechtigten Widerstand entgegen. Er hat sich offenbar genug klaren und weiten Blick bewahrt, um zu sehen, daß alle diese sozialdemokratischen Forderungen ein Akt der Verzweiflung sind. Die deutsche Produktionskraft ist in den letzten Jahren ständig geschwächt worden, in erster Linie durch die Erfüllungspolitik und durch die sozialistischen Experimente mit der deutschen Wirtschaft, unter denen die unterschiedslose Durchführung des Achtstundentages die Hauptrolle spielt. Diese Schwächung offenbart jetzt ihre furchtbaren Folgen und deshalb mutet es seltsam an, wenn diejenige Partei, die die Hauptstütze der schuldigen Politik gewesen ist, am lautesten den Ruf erhebt, so dürfe es nicht weitergehen. Dieser laute Ruf aber hat einen ganz natürlichen Grund. Die Sozialdemokratie verlangt das strengste Einschreiten gegen die äußeren Krankheitserscheinungen und sie will damit sich und andere wohl über die tiefen Krankheitsursachen hinwegtäuschen, gegen die nur eine völlige Kursänderung helfen kann. Daher auch die Hilflosigkeit gegen die wirtschaftliche Katastrophe, die über uns hereinzubrechen droht, denn die Sozialdemokratie und die Träger ihrer Politik in der Regierung schrecken immer noch davor zurück, die eigene Schuld zu bekennen und auf dem bisherigen Wege entschlossen umzukehren. Hier ist der eigentliche Kernpunkt der Krisis. Die Frage des Preises für das Umlagegetreide ist nicht mehr als der äußere Anlaß. Der „Vorwärts" hat selbst eingesehen, daß die Preisfrage bei dem furchtbaren Sturz der deutschen Währung keine entscheidende Rolle mehr spielen kann. Deutschland kann bei dem gegenwärtigen Stande seiner Mark das Auslandsgetreide nur zu einem so hohen Preise kaufen, daß der Preisdruck, der bei dem Umlagegetreide ausgeübt wird, kaum noch sichtbar in die Erscheinung tritt. Logischerweise müßte also die Sozialdemokratie ihren Widerstand gegen die angemessene Erhöhung des Preises aufgeben und, wie es die bürgerlichen Parteien tun, den Hauptwert darauf legen, daß wir nun die inländische Getreideerzeugung restlos für die Volksernährung freimachen können. Das geschieht aber nur durch die Zahlung eines angemessenen Preises. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zieht es aber vor, aus der Frage eine Krisis herzuleiten und mit ihrem Rücktritt aus der Regierung zu drohen, wenn in dieser rein taktischen Frage die Vernunft zu ihrem Rechte kommt. Offenbar sagt sie sich: Die Krisis kommt mir sehr gelegen. Denn selbstverständlich sehen auch in der Sozialdemokratie die führenden Persönlichkeiten ein, daß ihre ganze Politik rettungslos zusammengebrochen ist und daß am Ende nicht die immer wieder in Aussicht gestellte Erlösung durch Auslandshilfe steht sondern das Gespenst der Finanzkontrolle und der völkischen Rechtlosigkeit, das in Österreich schon abschreckende Wirklichkeit geworden ist. Der Sozialdemokratie mag vor diesem Augenblick wohl grauen und sie möchte am liebsten den Fuß noch aus der Schlinge ziehen. Das ist das wahre Gesicht der Krisis und seine Züge spiegeln die Verzweiflung über den völligen politischen Zusammenbruch.

Abg. Stresemann über die Reichspräsidentenwahl.

Rede im Reichstag: „Der Feind steht draußen!"

Die Rede, die der Abg. Stresemann am Freitag bei der Beratung des Gesetzes über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hergt hat gegen die Arbeitsgemeinschaft der Mitte heftige Vorwürfe erhoben. Er hat ihr vorgeworfen, daß sie eine Entrechtung des Volkes herbeigeführt habe. Er hat ihr nach außen hin vorgeworfen, daß sie sich gebeugt habe vor dem Machtwillen der Sozialdemokratie, der sie keinen eigenen Willen entgegengesetzt hätte.

Es ist völlig unrichtig, daß die Vereinigte sozialdemokratische Partei die Anregung gegeben hätte, die Wahl des Reichspräsidenten hinauszuschieben. Als wir zuerst als Vertreter der Deutschen Volkspartei in einer interfraktionellen Besprechung mit dieser Anregung hervortraten, da hat der Herr Abg. Hermann Müller sich mit aller Entschiedenheit dagegen gewehrt, diesen Gedanken überhaupt zu diskutieren. Da wir keine Gelegenheit gehabt hatten, bei den ersten Verhandlungen unseren Standpunkt auch gegenüber den anderen Fraktionen geltend zu machen, drangen wir auf interfraktionelle Besprechungen, um die Gründe vorzuführen, die nach unserer Auffassung dafür sprächen, die Wahl jetzt nicht vorzunehmen. Andere Parteien der Arbeitsgemeinschaft haben sich allmählich diesen Standpunkt zu eigen gemacht. Dann haben wir gemeinschaftlich einen Weg gesucht, der die jetzige Wahl vermiede und doch auch gleichzeitig den Herrn Reichspräsidenten die Gewähr gäbe, nicht als ein provisorischer Reichspräsident in dem Sinne zu gelten, daß es von dem Belieben und der Laune des Reichstages abhinge, irgendeinen beliebigen Wahltermin zu bestimmen. (Sehr richtig! bei den D. D. und der D. Vp.) Somit tragen wir, Herr Kollege Hergt, auch als Partei und Fraktion mit die Verantwortung für das, was geschehen ist.

Sie sagen, Sie ständen vor einem Rätsel, wenn Sie diese Wandlung sähen, und weisen darauf hin, daß vor einigen Monaten ein solcher Widerspruch sich nicht geltend gemacht hätte. Herr Kollege Hergt, ich frage Sie, ob Sie denn an den

Ereignissen der letzten Monate

vorbeigehen, die auf wirtschaftlichem Gebiete sich so katastrophal nach der Richtung eines Niederganges ausgewirkt haben, daß man sich fragen muß, ob es nicht der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf, um über diesen Winter hinweg überhaupt nur die Existenz und das Leben des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes zu sichern.

Sie weisen, Herr Kollege Hergt, mit vollem Recht auf wirtschaftliche Verhandlungen hin, stellen aber demgegenüber die Frage, ob man denn wegen solcher Verhandlungen große Maßnahmen hinausschieben solle. Herr Kollege Hergt, gerade diejenigen Männer, die diese Verhandlungen führen, stehen auch Ihren Freunden sehr nahe; Sie haben ganz enge Beziehungen zu diesen Leuten, die man vielleicht als große Realpolitiker schätzen kann und die das einzige Gut verwalten, das uns noch geblieben ist in unserer politischen Ohnmacht, nämlich das Gut der deutschen Wirtschaft, das vielleicht eingesetzt werden kann, um damit politisch etwas zu erzielen und das insofern der einzige Machtfaktor ist, den wir vielleicht noch haben. Wenn nun die Männer, die in dieser Beziehung führend waren, um neue internationale Fäden zu schlingen, an deren nationaler Gesinnung Sie keinen Zweifel hegen werden, wenn die, ehe überhaupt eine Partei sprach, als Personen sprachen und sich bei dem Herrn Reichspräsidenten dafür einsetzen, er möge das Opfer bringen, auf die Wahl in diesem Winter zu verzichten (Hört! hört bei der D. Vp.), dann werden Sie vielleicht doch diese Gründe etwas tiefer würdigen (Sehr gut! bei den D.-Dem.) und nicht da Parteileidenschaften sehen, wo lediglich ernste Sorge die Triebfeder derer gewesen ist, die für diese Dinge eingetreten sind. (Bravo! in der Mitte.) Ich darf da auch auf etwas anderes hinweisen. Es hat wohl Persönlichkeiten gegeben, die den Wahlkampf herbeisehnten. Ich erinnere an den Aufsatz, den ein sehr bekannter Publizist in der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht hat, noch wenige Tage, ehe die letzte Entschließung kam, worin er sagte, es müsse bei dieser Präsidentenwahl einmal der große Gedankenkampf zwischen dem republikanischen und dem monarchistischen Gedanken ausgekämpft werden. Wenn jetzt mit Recht darauf hingewiesen worden ist, daß die bisherige

Erhaltung der Reichseinheit das einzige Aktivum

ist, das wir nach dem Versailler Vertrag uns erhalten haben, dann sehe ich, wenn sich solche Kämpfe an die Präsidentenwahl anschlössen, diese Einheit für die Zukunft schwer gefährdet. Gewiß, Sie würden erreicht haben, daß in einzelnen Ländern eine starke Mehrheit sich unter dem monarchischen Gesichtspunkt vereinigt hätte. Macht es nicht auf Sie einen Eindruck, daß die Männer der Bayerischen Volkspartei mit uns dafür eintreten, daß wir jetzt zu all den Spannungen, die im deutschen Vaterland vorhanden sind, nicht noch die Spannung der Reichspräsidentenwahl hinzufügen? (Sehr gut! bei den D.-Dem.) Das haben sie bisher in ihrer Politik nicht getan, weder in Bayern noch im Reich, das werden sie auch hierbei nicht tun.

Sie sagen: Was wir brauchen, ist ein Helfer, ein Retter in der Not. Glauben Sie, daß dieser Helfer und Retter gerade an der Stelle stehen soll, wo der Reichspräsident steht? Wenn irgendein Helfer oder Retter für das deutsche Vaterland da wäre, würden wir ihm zujubeln, ob er von rechts oder von links käme. Aber ihn zu erküren in einem Wahlkampfe, in dem man, als er begann, überhaupt noch nicht wußte, ob jemand da wäre, der das Panier vorantrüge, und der unzweifelhaft zu einer Parteizerklüftung geführt hätte — Sie sahen ja vom ersten Augenblick an aus den Erklärungen der Parteien heraus, daß es keinen Gemeinschaftskandidaten gab — ich glaube, dieser Wahlkampf hätte Ihnen einen Helfer und Retter in der Not nicht geboren. Wenn aber der Retter nicht da ist als Persönlichkeit, dann gibt es nur ein anderes: Das gemeinschaftliche Zusammenarbeiten, das Zusammenstehen, um durch Hintanstellung und Überwindung von Gegensätzen, durch einen gemeinschaftlichen großen nationalen Volkswillen nach außen das zu ersetzen, was uns vielleicht an persönlicher Fühlung da und dort fehlen kann. Deshalb meine ich, wenn irgendwann, dann wäre der an sich schöne Gedanke der großen Einheitsfront vielleicht gegeben für die Kämpfe, die uns bevorstehen.

Der Feind steht weder rechts, noch links, sondern draußen.

Wenn es zum Kampf um die Reichspräsidentenwahl gekommen wäre, hätten wir gegen Herrn Ebert gekämpft. Aber das eine muß ich zum Ausdruck bringen — das gebietet die Gerechtigkeit — daß ich das nicht für richtig halte, daß Sie in ihm während seiner Amtsführung nur den Parteimann sehen. Wir standen einmal, Herr Kollege Hergt, vor der Frage, ob das deutsche Volk den russischen Weg der Diktatur des Proletariats gehen solle oder ob es den Weg zum Verfassungsmäßigen in seiner Geschichte finden würde. Damals lag auf den Menschen, die an der Spitze standen, eine ungeheure Versuchung zur Machtüberspannung, wenn sie nur an die Partei dachten. Daß sie damals den Weg zur Verfassung gegangen sind, zeigt, daß sie es verstanden, auch in großen geschichtlichen Entwicklungen sich zu erheben zum allgemeinen Denken über die Einzelstellung. (Sehr wahr! bei der D. V., im Zentrum, bei den Dem. und B. Soz.) Ich glaube, bis in die letzte Zeit hinein haben wir dem ebenfalls gedankt, daß zum mindesten der Reichspräsident auch den Mut gehabt hat, als Persönlichkeit zu Imponderabilien Stellung zu nehmen, bei denen er nicht wußte, ob die Millionen seiner Parteifreunde ihm zujauchzten (erneute, lebhafte Zustimmung), als der Beifall von einer ganz anderen Seite kam (wiederholte Zustimmung) als er sich durchaus nicht als Kämpfer gegen irgendeine Richtung fühlte, sondern zusammenzufassen versuchte. (Erneuter, lebhafter Beifall.) Sie stellen es aber so hin, als entrechteten wir das Volk. Wir haben ja doch bisher schon regelmäßig ruhig die Frage überlegt, wann die Wahl zweckmäßig wäre, und wenn es sich nur darum handelte, daß ein Grundrecht des Volkes verletzt würde, wenn irgendwie eine Terminverlängerung erfolgte, dann hätte die Anklage längst erhoben werden müssen, als wir uns früher in leidenschaftsloser und ruhiger Weise dieselbe Frage überlegt haben. Sie weisen darauf hin, die Sozialdemokratie habe gerade diesen Ausweg gesucht, weil die Situation für sie immer schlechter würde, so lange der Reichspräsident an der Spitze wäre. Ach, wenn Sie den Gedanken haben, an Stelle eines Parteisozialisten, wie Sie ihn nennen, den Mann zu suchen, der dann, aus dem anderen Lager hervorgegangen, alles in sich vereinigte, dann müßten Sie von diesem Gesichtspunkte aus sogar ebenfalls zu einer anderen Auffassung kommen als derjenigen, die Sie vertreten haben. (Sehr wahr! bei der D. V. und den D.-Dem.) Ich glaube nicht, daß diejenigen, die anderen parteipolitisches Denken vorwerfen, selber von parteipolitischem Denken so unbedingt weit entfernt sind. (Lebhafte Zurufe: Sehr wahr! bei der D. V., im Zentrum und links.)

Wir sind überzeugt, daß die Haltung, die wir eingenommen haben, uns auch starke Angriffe einbringen wird, daß wir manche Widerstände im eigenen Lager überwinden müssen, und daß wir vielleicht zu rechnen haben werden mit einer starken Kampfstellung, die Sie dieserhalb gegen uns einnehmen. Trotzdem sind wir der Meinung, daß, selbst wenn die Partei darunter leidet, der Weg, den wir gegangen sind, der richtige ist im Interesse unseres Volkes." (Lebhafter Beifall bei der D. V., im Zentrum und links.)

An die deutschen Pazifisten!

Die demokratische Vossische Zeitung veröffentlicht nachstehenden Brief eines Auslandsdeutschen über die deutsche Erfüllungspolitik und die Politik Frankreichs:

„Glauben die Herren Minister in Deutschland, die Führer der regierenden Parteien und deren Zeitungen wirklich, daß Deutschland erfüllen kann?, Und wenn sie das glauben, glauben sie dann weiter, daß durch die Erfüllung die Gegner Deutschlands, speziell Frankreich und das von letzterem beeinflußte

Belgien, beruhigt oder gar versöhnt werden? Dann kann man nur sagen: „armes Deutschland." Jedes Kind im Auslande weiß, daß Frankreich gar nicht des schnöden Mammons willen Deutschland drangsaliert. Frankreich weiß ganz genau, daß an Geld aus Deutschland nichts mehr herauszuholen ist. Die sogen. Reparationssummen sind einzig und allein das Vorhängeschild für Frankreichs eigentlichen Zweck, den es zäh verfolgt — und wer weiß, ob es ihn nicht auch erreichen wird —: **die Zerstückelung Deutschlands.** Frankreich will durch seine Reparationsforderungen, die es selbst für unmöglich hält, Deutschland durch die Entwertung der Mark, durch ökonomische und militärische Sanktionen usw. so weit bringen, daß es auseinanderfällt ... Das, nur das ist es, was Frankreich will. Der kaufmännisch denkende Engländer möchte seinen alten Kunden Deutschland allerdings nicht verlieren, sondern im Gegenteile kaufkräftig machen, aber heute ist England gegen Frankreich ohnmächtig. Es ist unfaßlich, daß es in Deutschland noch immer Menschen gibt, die glauben, daß die Entente wegen Deutschland in Stücken gehe, und daß das ein Glück für Deutschland sein würde. Ganz im Gegenteil; am Tage, wo Frankreich allein steht, wird die Krise für Deutschland erst einsetzen. Germaniam esse delendam, das beten 40 Millionen Franzosen und scheinbar auch viele Deutsche täglich, erstere in ihrem beinahe bewundernswerten Haß, und letztere in ihrer Dummheit. Das beiden so verhaßte wilhelmische Deutschland soll, koste es, was es wolle, aufhören zu existieren, die Deutschen sollen keine Bismarcks, Stinnes und Ludendorffs sein, sondern Bauern und Dichter, denn dann sind sie zahm wie Hunde und müssen aus der Hand fressen. **Für uns Auslandsdeutsche ist es traurig, mit anzusehen, wie in Deutschland jeder nationale Stolz, jeder Patriotismus und jedes nationale Ehrgefühl von oben herab getötet wird.** Weshalb das? Glauben die regierenden Parteien wirklich, daß für Deutschland ein glänzendes Zeitalter anbricht, wenn Industrie und Handel tot sind und nur noch Kartoffeln und Gedichte produziert werden? Man sollte in Deutschland doch endlich den inneren Hader beiseite legen und gegen die fremden Unterdrücker einig sein. Kein Land hat es je seinen Gegnern so leicht gemacht, es zu erdrosseln, wie Deutschland."

In einem zweiten Briefe faßt er seine französischen Erfahrungen zusammen in die Sätze:

„Die deutsche Politik der Aussöhnung mit Frankreich ist hoffnungslos als gescheitert zu betrachten. Und diesen Umstand möchte ich mit diesen Zeilen bezwecken, es den Deutschen durch ihre Presse immer wieder vor die Augen zu führen: **Frankreich will Deutschlands Vernichtung, hat heute auch die Macht dazu, auch gegen den Willen seiner Alliierten. Der Pazifismus der deutschen Linkspresse ist entweder Selbstbetrug oder Blindheit und führt todsicher zum Verderben Deutschlands.**"

Die Devisenverordnung und ihre Wirkung.

Von Dr. Otto Hugo,
Mitglied des Reichstags u. des Reichswirtschaftsrats.

Nachdem die deutsche Mark aufgehört hat, ein stabiler Wertfaktor zu sein, und fortgesetzt ihren Besitzern die schwersten Enttäuschungen bereitet, bürgerte sich im Geldverkehr das Bestreben ein, die ausländische Devise mehr und mehr als Wirtschaftsfaktor zu verwerten. Die Folge davon war, daß weit über den Rahmen des Einfuhrbedürfnisses hinaus immer weitere Kreise nach dem Devisenbesitz und -Erwerb trachteten, um die auf der Markbasis entschwundene Sicherheit und Stabilität für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen herzustellen. Daneben flüchteten andere Markbesitzer ebenfalls aus Gründen der Sicherung ihres nicht wirtschaftlich arbeitenden Vermögens aus der Mark in sichere ausländische Zahlungsmittel. Außerdem gab es reine Spekulanten, die Devisen kauften und verkauften, um durch Konjunkturgewinne und Spesen sich Verdienstmöglichkeiten zu machen. Schließlich wirkt auch die Flucht aus der Mark in die Ware steigernd für den Bedarf an Devisen. Die günstige Wirtschaftskonjunktur der letzten Wochen und Monate in Deutschland beruht nicht auf einer Exportsteigerung, sondern auf den ungeheuren Absatz an Waren auf dem Binnenmarkt, weil jeder Markbesitzer noch an Ware zu erwerben sucht, was er zu bezahlen vermag. Dieser starke innere Ausverkauf hat natürlich eine sehr erhebliche Steigerung der Rohstoffeinfuhr zur Folge und diese wirkt nicht unerheblich auf den Devisenbedarf.

Um dieser Entwickelung Zügel anzulegen, hat die Reichsregierung zunächst durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung dem Erwerb und Verkehr ausländischer Zahlungsmittel im deutschen Markt Hemmungen auferlegt. Zunächst soll die Verordnung für die Inlandsgeschäfte die Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln restlos ausschalten. Erlaubt bleibt nur der Verkauf in ausländischer Währung auch an einen Inländer, wenn die Ware für den Export bestimmt ist. Schwierigkeiten hinsichtlich der Durchführung des an sich gesunden Prinzips bietet die Anwendung der Verordnung auf die Geschäftsbetätigung der Importeure, die im erheblichsten Umfang die gegen ausländische Valuten auf dem Weltmarkt erworbenen Waren und Rohstoffe an ihre Abnehmer, d. h. in erster Linie an die Industrie in den gleichen Währungen weiterverkaufen. Das Verbot schafft hier einen unnatürlichen Zustand, weil der Industrielle vielfach durch seine Exporte ausländische Währung benutzt, die er aber an den inländischen Importeur nicht weitergeben darf, dagegen von dem ausländischen Lieferanten unmittelbar in ausländischer Währung kaufen kann. Der Trieb, die Markunsicherheit auszuschalten, zwingt ihn deshalb dazu, den inländischen Importeur zu umgehen. Anderseits ist der Importeur in eine sehr schwierige Konkurrenzlage gedrängt, weil die ihm durch Kurssicherungen, Bankspesen, Steuern usw. erwachsenden Unkosten des Devisengewerbes Belastungen des Warenpreises darstellen, die der Industrielle sparen kann, wenn er unmittelbar vom Ausländer kauft. Hier bedarf zweifellos die Verordnung einer Korrektur. Der Zweck, die Mark auf dem Inlandsmarkte als Zahlungsmittel nicht auszuschalten, wird ja dadurch in keiner Weise berührt.

Der zweite Teil der Devisenverordnung soll allen denen, die nicht darauf angewiesen sind, Devisen für Einfuhrzwecke zu erwerben, den Ankauf der Devisen unmöglich machen. Die Wirksamkeit dieses Teiles der Verordnung wird erschwert durch den Umstand, daß ein fertiger Kontrollapparat, wie er in den Prüfungsstellen vorgesehen ist, nicht besteht, sich auch kaum mit der erforderlichen Beschleunigung wirksam schaffen läßt. Schließlich ist es auch kaum möglich, mit dem Mittel der Polizeiorganisation so durchgreifend zu wirken, daß die Verordnung restlos ihren Zweck erreicht. Erfreulich ist es, daß diejenigen Wirtschaftskreise, die unbedingt Devisen erwerben müssen, nicht durch die Kontrollorgane daran behindert werden, wenn selbstverständlich auch der Kontrollapparat erhebliche Belästigungen bringt. Man wird aber der Regierung zubilligen müssen, daß sie aus wirtschaftlichen und politischen Gründen recht tat, den Versuch der Devisenspekulationsbekämpfung ernsthaft zu unternehmen.

Zur Erreichung des gewünschten Zieles der Devisenbeschränkung trägt sich die Reichsregierung mit der Absicht, ein goldwertes Papier, **und zwar im Umfange des Goldbestandes der Reichsbank, zur Einführung zu bringen, um vor allem denjenigen Wirtschaftskreisen, die zur Erhaltung des Kaufwertes ihres Gewerbes nach ausländischen Zahlungsmitteln greifen, die Sicherung in einem deutschen Papier darzubieten.** Der Umfang, in dem diese Schatzwechsel zur Verfügung gestellt werden können, dürfte aber so wenig ausreichend sein, daß die praktische Wirkung sehr dadurch beeinträchtigt wird.

Wenn man die Bemühungen der Reichsregierung in ihrer Grundrichtung nur billigen kann, so bleibt natürlich einmal der Zweifel bestehen, ob mit der Durchführung der Verordnung die gewünschten Wirkungen hervorgerufen werden. Zum andern ist aber ohne weiteres festzustellen, daß die Verordnung nicht imstande ist, einen erheblichen oder auch nur einen nennenswerten Einfluß auf den wirtschaftlichen Stand der Dinge auszuüben. **Schließlich bleibt doch entscheidend für die Widerstandskraft der Mark unsere wirtschaftliche Gesamtlage, und die ist, so lange wir die Reparationsleistungen fortsetzen und nicht die erforderlichen Mittel zur Produktionssteigerung ergreifen, hoffnungslos.**

Die Revision des Versailler Vertrags.

Die angelsächsische Kriegsschuld.

Von Dr. Herbert Stegemann.

Es ist nur natürlich, daß bei der mit beispielloser Brutalität gegen Deutschland durchgeführten französischen Vernichtungspolitik zurzeit Frankreich für das deutsche Volksbewußtsein als der Hauptgegner und Erbfeind gilt. Die Gefahr liegt aber nahe, daß dadurch die allgemeine Auffassung über die Kriegsschuld sowohl bei uns selbst wie auch draußen in der Welt sich verschiebt, und daß der sehr beträchtliche Anteil, den gerade der angelsächsische Imperialismus am Ausbruch des Weltkrieges gehabt hat, in den Hintergrund tritt. England hat es mit jener durch seine ganze Geschichte hindurch bewährten Meisterschaft verstanden, das deutsche Volk schon jetzt vergessen zu lassen, was es gerade von England erdulden mußte, und nicht einmal die Millionen der durch die englische Blockade zugrunde gegangenen Greise, Frauen und Kinder genügen, um dem deutschen Volk das Bewußtsein wachzuhalten, was man von englischer Humanität und „Fairneß" zu halten hat.

England versteht es durch gelegentliche Gesten und schöne Worte, denen gerade nur der Deutsche zu bereitwillig glaubt, die unheilvolle Rolle, die es vor dem Kriege und während desselben spielte, zu vertuschen und dem deutschen Volke den Glauben beizubringen, daß die beiden Nationen eigentlich nur durch vorübergehende Meinungsverschiedenheiten von einander getrennt gewesen seien.

Unter diesen Umständen darf es als ein besonderes Verdienst bezeichnet werden, daß eine kleine im Calwerschen Volksschriftenverlag erschienene Arbeit Seltmanns unter dem Titel „Deutschland und das angelsächsische Weltherrschaftsziel" die Grundzüge der englischen Politik Deutschland gegenüber in klarer Weise beleuchtet und insbesondere die englische Kriegsschuld in das verdiente Licht stellt. Der Verfasser bemüht sich mit bestem Erfolg, die Weltherrschaftsziele der Angelsachsen klar herauszuarbeiten und den verschrieenen deutschen Militarismus als einfachen Selbstverteidigungszwang nachzuweisen. Deutschland war der stärkste Gegner für das Angelsachsentum und auf dem Wege zur Erweiterung der Weltherrschaft. Es mußte deshalb

mit allen Mitteln niedergerungen werden. Daß Rußland dabei gute Dienste leisten und sich selbst aufreiben würde, war die notwendige Voraussetzung, denn nur so konnte der deutsch-russisch-japanische Block verhindert werden, der die Aufrichtung der angelsächsischen Weltherrschaft unmöglich machen mußte. Daher bestehen denn auch zwischen der seit 1916 immer mehr erlahmenden Kraft Rußlands und dem wachsenden Entschluß Wilsons, die Entente auch noch mit den Waffen in der Hand zu unterstützen, innere Zusammenhänge. Es ist kein Zufall, daß der Zusammenbruch Rußlands und die amerikanische Kriegserklärung zeitlich zusammenfallen. Daß nur die Angst um das der Entente geborgte Geld oder gar der deutsche U-Bootkrieg zur amerikanischen Kriegserklärung geführt hätten — mit solchen Annahmen kommt man der amerikanischen Haltung nicht bis auf den Grund. Nach der bekannten Unterredung Wilsons mit dem Senator Mac Kenna glaubt ja ohnehin kein Mensch mehr an die moralischen Kriegsgründe Amerikas.

Die Ausführungen Seltmanns über das Verhalten Englands während der kritischen Tage im Juni 1914 sind überaus einleuchtend und treffend. Mit Recht weist er daraufhin, daß England es in der Hand hatte, durch eine offene Stellungnahme für die Entente den Weltkrieg unmöglich zu machen. (Dies hat kürzlich auch der englische Minister Chamberlain in einer absolut beweiskräftigen Rede offen zugegeben. D. Schriftl.). Wenn es diese Stellungnahme unterließ, so daß Deutschland bis zur letzten Minute über die wirklichen Absichten Englands im unklaren blieb, so wußte es wohl, warum es das tat. England wollte die kaum jemals so günstig wiederkehrende politische Gelegenheit ausnutzen, um mit der verhaßten deutschen Konkurrenz ein für allemal aufzuräumen und den Weg für die Stabilisierung der englischen Weltherrschaft freizumachen. Heute hat England sein Ziel: Zertrümmerung Deutschlands und Rußlands, zu gleicher Zeit erreicht. Aber schon die unerwünschte Entwickelung der türkischen Angelegenheiten ist ein Beweis, daß die Rechnung Englands doch nicht in allen Punkten richtig gewesen ist, und daß sich für Deutschland auch jetzt noch politische Möglichkeiten zur Wiedererlangung seiner alten Stellung in der Welt bieten. Daß die Voraussetzung dafür in einer endgültigen Zerstörung der Legende von der deutschen Alleinschuld am Weltkriege und in einer moralischen Rehabilitierung vor der Welt besteht, liegt auf der Hand.

Das Ende der deutschen Finanzhoheit.

Frankreich fordert:

1. Die **deutschen Finanzen** werden **unter die Kontrolle der Gläubiger** Deutschlands gestellt.
2. Alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und dieses Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, wobei man **progressiv in die Ausgaben einen Teil der Entschädigungen** einfügt, deren Zahlung nicht durch andere Mittel oder Anleihen zur Tilgung des Kapitals aufgebracht werden kann.
3. Es wird dem **deutschen Staat verboten, Schatzscheine diskontieren zu lassen,** und es wird ihm vorgeschrieben, jede Ausgabe von Schatzscheinen auf lange oder kurze Sicht der interalliierten Kontrolle vorzulegen.
4. Die **Reichsbank** kommt unter eine interalliierte **Kontrolle,** die beauftragt ist, alle von den Verbündeten angeordneten Maßnahmen zu überwachen.
5. Die interalliierte **Kontrolle** ist in jeder Weise **zu verschärfen** hinsichtlich der **Kapitalflucht** und der Anhäufung fremder Devisen im Innern.
6. **Sobald es die Umstände erlauben, sind Goldschatzscheine auszugeben,** die eine gewisse steuerliche Begünstigung erhalten, und diese Goldschatzscheine sind ausschließlich anzuwenden entweder, um den Metallbestand der Reichsbank zu verstärken und so die Währungsform sicherzustellen, oder Entschädigungsannuitäten zu bezahlen, die nicht im Haushalt enthalten sind.
7. Die deutsche Regierung wird auch weiterhin mindestens 25 v. H. ihrer **Exportwerte** in Gold und fremden Devisen **erheben.** Das Ergebnis dieser Erhebung und das Ergebnis der steuerlichen Einnahmen aus der Einfuhr und der Taxe auf die Ausfuhr werden einem besonderen Konto der Reichsbank auf den Namen des Garantieausschusses überschrieben und durch diesen besonders kontrolliert. Der deutschen Regierung wird die Verfügung über die Summe dieses Kontos, so lange, wie der Wiederherstellungsausschuß der Meinung ist, daß die deutsche Regierung ihre Verpflichtungen erfüllt, belassen. Wenn aber der Wiederherstellungsausschuß zu der Überzeugung gelangt, daß dies nicht der Fall ist, wird der Garantieausschuß das Konto zu seiner Verfügung haben

Erneuerung des Beobachter-Abonnements!

Wir machen alle Parteifreunde, soweit sie den Beobachter durch die Post beziehen, d. h. das Abonnementsgeld bei der Post einzahlen auf die Erneuerung des Beobachter-Abonnements aufmerksam. Gleichzeitig bitten wir auf die Lässigen und Lauen einzuwirken, damit der Beobachter endlich von sämtlichen Parteifreunden gelesen wird. Hier ist noch viel Kleinarbeit zu leisten und wir würden uns freuen, wenn wir da die weiteste Unterstützung aller Kreise fänden.

Wer den Beobachter noch nicht hat, bestelle denselben sofort bei der Post!

Vorwärts und Stadtfinanzen.

Daß die Finanznot aller deutschen Städte eine ungeheuer große ist, kann niemand bestreiten. Der deutsche Städtetag hat oft genug und eindringlich genug in öffentlichen Kundgebungen und in Eingaben an die Regierung darauf hingewiesen, daß die Städte den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr nachzukommen vermögen, weil die Erzbergersche Finanzgesetzgebung ihnen die beste und zuverlässigste Einnahmequelle in der Gestalt von Zuschlägen zur Einkommensteuer abgeschnitten hat. Das Reich soll den Städten den Ausfall ersetzen, ist dazu aber auch nicht imstande, weil es selbst unter schweren Finanzsorgen leidet. Im Grunde genommen ist also der Versailler Friedensvertrag auch daran schuld, daß die deutschen Städte samt und sonders dem Bankerott entgegengehen. In dieser Lage ist es die oberste Pflicht der städtischen Körperschaften, jede andere Einnahmequelle, die sich bietet, auszunützen. Die deutsche Reichshauptstadt Berlin besitzt große Güter und große Werke, die sich in ruhigen und normalen Zeiten als ertragsfähig erwiesen haben. Heute aber versiegen diese Einnahmequellen zum großen Teil, weil die Ausgaben für Löhne und Materialkosten den Einnahmen weit voraneilen. Es kommt aber hinzu, daß eine notgedrungen schwerfällige städtische Verwaltung nicht imstande ist, in Zeitläuften wie den heutigen, so zu wirtschaften und sich so den geänderten Verhältnissen anzupassen wie es die Privatwirtschaft vermag. Wenn nun gar am Besitz städtischer Güter und Werke und an der Beibehaltung einer übergroßen Zahl hochbesoldeter Angestellter und Arbeiter aus parteipolitischen Gründen festgehalten wird, so ist der Vorwurf der Mißwirtschaft vollauf berechtigt.

Nun ist der Ertrag der Berliner Werke und Güter im Vergleich zu den Einnahmen ständig zurückgegangen, was der Vorwärts in einem langen Leitaufsatz bestreiten will, um dem Vorwurf der Mißwirtschaft entgegentreten zu können. Er führt z. B. an, daß die städtischen Güter einen Ertrag von hundert Millionen Mark abwerfen, vergißt aber dabei, daß heute hundert Millionen an sich sehr wenig sind und daß dieser Überschuß erst seit ganz kurzem erzielt wird, seitdem nämlich einige städtische Güter an Privatleute verpachtet worden sind; bis dahin hat die städtische Güterverwaltung Berlins einen Zuschuß erfordert. Es lag der Stadt ein glänzendes Angebot eines großen Konsortiums vor, das der Stadt einen jährlichen Reinertrag von mehreren hundert Millionen und die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln und Gemüse gesichert hätte; den sozialistischen Parteien ist es zu verdanken, daß dieses Angebot abgelehnt wurde, weil darin das Eingeständnis des Mißerfolgs der städtischen Verwaltung gelegen hätte. Ferner behauptet der Vorwärts, die städtischen Straßenbahnen, die in heruntergewirtschaftetem Zustand übernommen worden seien, hätten trotzdem der Stadt noch keinen Pfennig Geld gekostet. Gleichzeitig aber damit wird bekannt, daß bisher der Öffentlichkeit eine sehr beschämende Tatsache vorenthalten worden ist. Die Berliner Straßenbahn schuldet den Elektrizitätswerken 129 Millionen Mark für gelieferten Strom und an Privatlieferanten 94 Millionen. Das bedeutet, daß die Übernahme der Straßenbahnen ein großer Fehler war und daß der Betrieb bankerott ist. Wenn das kein Mißerfolg sozialdemokratischer Verwaltung ist, dann wissen wir nicht, was man darunter zu verstehen hat.

Das Reichsschulgesetz.

Von Dr. Otto **Everling**, M. d. R., Nikolassee.

Vom 10. bis 13. Oktober tagte im Reichstag der 30. Ausschuß zur Weiterberatung des „Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146, Abs. 2 der Reichsverfassung", des sog. Reichsschulgesetzes. Der Ausschuß hat eine etwas andere Zusammensetzung als bisher; die Sozialdemokratie hat ein Mitglied mehr, das Zentrum ein Mitglied weniger, die frühere Mehrheit von 15 zu 13 Stimmen, die den § 1 in einer Form annahm, die den überstimmten sozialdemokratischen und demokratischen Parteien als verfassungswidrig erschien, besteht nicht mehr. Aber auch die Haltung der Parteien ist augenscheinlich eine andere geworden. Offenbar beraten die Regierungsparteien auf Anregung des Reichsministers Dr. Köster, der im Frühsommer einen Aufschub der Beratungen bis in den Herbst bewirkt hatte, über eine neue gemeinsame Grundlage. Das Zentrum, das bisher in enger Fühlungnahme mit den drei Volksparteien eine Lösung suchte, scheint jetzt aus naheliegenden hochpolitischen Gründen mit der Sozialdemokratie und der Demokratie zu verhandeln, um dem Weimarer Verfassungskompromiß ein Schulgesetzkompromiß folgen zu lassen. Deshalb wurde im Ausschuß beschlossen, die Beratung der grundsätzlichen Paragraphen 2—4 auszusetzen und dafür wurde die der §§ 5 und 6 in den vier Sitzungen durchgeführt. Dabei hatte man den Eindruck, daß die vertraulichen Verhandlungen der Koalitionsparteien wichtiger erschienen, als die Erörterungen im Ausschuß selbst. Man wird abzuwarten haben, ob und wie sich die Regierungsparteien verständigen, zumal die Einigung sicherlich dadurch nicht erleichtert wird, daß nunmehr in der vereinigten Sozialdemokratie die früheren Unabhängigen, unter ihnen Dr. Löwenstein, mit ihren Schulbestrebungen ein Wort mitzureden haben.

Was man im Ausschuß erlebte, war nicht gerade verheißungsvoll. Im § 6 sollte näher

umschrieben werden, welche Erziehungsberechtigten befugt sind, einen rechtswirksamen Antrag auf Errichtung von Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreien Schulen zu stellen. Die Regierungsvorlage enthielt die verständige Bestimmung, daß solche Erziehungsberechtigte im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und der deutschen Staatszugehörigkeit sein müssen. Das Zentrum schloß sich nach einer Bemerkung des Abg. Dr. Marx einem sozialdemokratischen Antrag an, daß diese Bestimmungen gestrichen werden. So haben also Zentrum und Sozialdemokratie entgegen dem Vorschlag der Regierung dafür gestimmt, daß die Ausländer über die Art unserer Schuleinrichtungen mitzusagen haben! Das ist in unseren Tagen, wo die Ausländer das darniederliegende Deutschland aussaugen, ein besonders bedauerliches Vorgehen, es erweckt ernste Befürchtungen für die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes.

Der Ausschuß hat sich bis auf weiteres vertagt. Beim Wiederzusammentritt wird man vielleicht übersehen können, ob der Erlaß des Gesetzes, der schon in der Begründung des Entwurfs vom 22. April 1922 als sehr dringlich dargestellt wurde, nun endlich herbeigeführt werden kann.

Die D. V. P. und die religiösen Sonntagsblätter.

Das „Westfälische Volksblatt" glaubt der Deutschen Volkspartei den Vorwurf machen zu können, daß sie „ohne Not und im Verein mit den Feinden der christlichen Religion den volkstümlich-religiösen Sonntagsblättern die Erleichterung ihrer Existenz durch Ausschluß von den Rückvergütungen für den Druckpapierpreis versagt habe." Wie unrechtigt, ja töricht dieser Vorwurf ist, zeigt der Gang der Verhandlung über die Ausführungsbestimmungen zum Nothilfegesetz. Bei der ersten Besprechung im Juli dieses Jahres war man sich schon in dem damaligen kleinen Ausschuß darüber klar, daß die 500 Millionen für die Presse eine völlig ungenügende Hilfe seien und daß man deshalb, wenn man nicht die Hilfe völlig illusorisch machen wolle, die Rückvergütung auf die politische Presse beschränken müsse. Es war der Vertreter der Deutschen Volkspartei, der in diesem Ausschuß den Antrag stellte und befürwortete, die christlichen Sonntagsblätter zu der politischen Presse zu rechnen — ein Antrag, der einstimmige Annahme fand, nachdem der sozialdemokratische Vertreter auf der Unterstützung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsblätter nicht weiter bestand. Im sozialen Ausschusse stellten nunmehr die vereinigten Sozialdemokraten den Antrag, auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsblätter an der Rückvergütung teilnehmen zu lassen, obwohl auch vom Regierungstische anerkannt worden war, daß der Kuchen inzwischen auch für die politische Presse zu klein geworden war, da der Papierpreis sich vom Juli bis Oktober fast vervierfacht hatte. Eine Miteinnahme der Gewerkschafts- und Genossenschaftsblätter hätte, wie ein demokratischer Redner richtig sagte, die ganze Unterstützungsaktion zur Lächerlichkeit verdammt. Das sah auch die Mehrheit der vereinigten Sozialdemokraten ein, verlangte aber, daß dann auch die Sonntagsblätter, die ja nicht zur politischen Tagespresse gehörten, ausgeschlossen werden sollten, sonst würden sie dem ganzen Gesetze ihre Zustimmung versagen. Das Verlangen der Sozialdemokraten war erklärlich, und so entschlossen sich die Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei, ihm in einem gemeinsamen Antrag zuzustimmen, da sonst das ganze Gesetz gefährdet worden wäre. Von einer feindseligen Haltung gegen die Sonntagsblätter war nirgends eine Rede, wie überhaupt die Verhandlungen rein sachlich und nach Zweckmäßigkeitsgründen geführt wurden. Um aber auch die Sonntagsblätter sowie die Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse an den Vergünstigungen der Rückvergütung teilnehmen zu lassen, sobald nur erst die von der Regierung in Aussicht gestellten größeren Mittel bewilligt sind, brachte die Deutsche Volkspartei noch eine einstimmig angenommene Entschließung ein, die ausdrücklich festlegte, daß bei der nächsten Hilfsaktion auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse sowie die christlichen Sonntagsblätter beteiligt werden müßten.

Versicherung der Angestellten.

Ein ungewöhnlich schwieriges Gesetzgebungswerk soll in diesen Tagen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages für die Beschlußfassung bei Beginn der Herbsttagung vorbereitet werden. Es handelt sich um die Angestelltenversicherung, die in der Angestelltenbewegung zu heißen Kämpfen der beiden grundsätzlich voneinander abweichenden Gruppen der Angestellten geführt hat. Am schärfsten traten die beiden Gruppen hervor um die Jahreswende bei den Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung. Die sozialistische Gruppe (Afa-Bund), die aus parteipolitischen Gründen die besondere Angestelltenversicherung bekämpft und ihre Verschmelzung mit der Arbeiter-Invalidenversicherung verlangt, erhielt 841 Vertrauensmänner, die bürgerliche Gruppe (Hauptausschuß für die Sozialversicherung der Privatangestellten), die die Umschmelzung ablehnt, eine Anpassung der Angestelltenversicherung an die Geldentwertung und eine Ausdehnung der Selbstverwaltung anstrebt, erhielt 2590 Vertrauensmänner. Im Reichstage standen im vergangenen Jahre die bürgerlichen Parteien zuletzt der Sozialdemokratie geschlossen gegenüber. Trotzdem wurde die endgültige Entscheidung immer wieder hinausgeschoben, eine ganze Anzahl von Teiländerungen sind inzwischen erfolgt. Der Reichswirtschaftsrat hat ein Gutachten erstattet, die Reichsregierung Gegenvorschläge gemacht. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags hat sich vorgenommen, kein anderes Gesetz in Angriff zu nehmen, bis er jetzt endlich ganze Arbeit gemacht hat. Die Geduld der Angestellten und die überwiegende Mehrheit ihrer Arbeitgeber ist nun lange genug in Anspruch genommen worden. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, die bisher unentwegt die Forderungen des Hauptausschusses vertreten hat, wird in diesen Beratungen durch den Abg. Thiel geführt, der als Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften unmittelbar über eine halbe Million und als Vertrauensmann des Hauptausschusses rund eine Million Privatangestellte vertritt.

Geistige Not.

Die Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Eisenach hat sich ein großes Verdienst erworben, indem sie die breite Öffentlichkeit auf eine Erscheinung unserer wirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen hat, die die schwersten Folgen für den Kulturstand Deutschlands in sich birgt. Wir hören unaufhörlich klagen über die Not der deutschen Presse, die sich darin äußert, daß täglich Dutzende von Zeitungen, darunter Blätter mit großer und stolzer Vergangenheit, ihr Erscheinen einstellen oder aufs äußerste beschränken müssen. Wir hören ferner immer stärker werdende Klagen über die zunehmende Not und Proletarisierung des Anwaltstandes, der Ärzte und verwandter Berufe. Wenn es sich nur um eine vorübergehende Stufe der Entwicklung handelte, könnte man darüber hinweggehen und sich mit der Hoffnung trösten, daß binnen kurzem ein neuer Aufschwung unseres geistigen Lebens die Einbuße wieder wettmachen würde. Aber leider ist dieser Trost nicht vorhanden. Auch die Herstellung von Büchern wird immer teurer und schwerer. Die wissenschaftliche Arbeit wird immer mehr zurückgedrängt. Universitäten und Hochschulen jeder Art leiden ebenso wie die Presse. Wenn alle diese Kulturfaktoren zusammen so bedrängt werden, daß die geistige Arbeit in Deutschland nicht mehr die Geltung hat wie früher, sondern vom Sumpf des Materialismus verschlungen wird, dann ist allerdings der größte Pessimismus nur allzu berechtigt. Es sollten sich nicht nur die politischen Parteien jeglicher Schattierung und die Regierung, Parlamente und öffentliche Körperschaften über die ungeheure Gefahr klar werden, die uns droht, sondern alle Schichten des deutschen Volkes sollten sich vereinigen, um dem Übel entgegenzutreten. Wir stehen im Begriff, vollständig in einer rein mechanistischen Weltanschauung zu versinken, in der allein die Muskelkraft und nicht das Hirn geschätzt wird. Industrie und Arbeiterschaft sollten sich klar darüber werden, daß sie ohne hohe Blüte geistiger Arbeit nicht auf die Dauer zu bestehen vermögen, daß auch sie im Kampf um das Dasein rettungslos zum Untergang verurteilt sind, wenn sie nicht darauf achten, daß die höchsten geistigen Güter eines Volkes geschützt werden. Es darf kein Augenblick mehr versäumt werden, der geistigen Arbeit wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn nicht das verhängnisvolle Wort vom Untergang des Abendlandes zu verhängnisvoller Wahrheit werden soll.

Aus der Partei.

Die Notlage der Rechtsanwälte.

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Nießer und Dr. Fischer (Köln) haben nachstehende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Die schwere Notlage der deutschen Rechtsanwaltschaft, hervorgerufen durch das seit langem bestehende, in den letzten Monaten ungeheuerlich verschärfte Mißverhältnis zwischen Berufseinnahmen der Anwälte und ihren Aufwendungen für das Büro wie den eigenen Unterhalt, hat bereits zum wirtschaftlichen Zusammenbruch zahlreicher Rechtsanwälte geführt. Im Jahre 1921 hat man die Bürokosten, mit denen der Anwalt arbeitet, durchschnittlich auf 50 bis 60 Proz. seiner Bruttoeinnahmen geschätzt, vielfach haben sie mehr: 66⅔—75 Proz betragen. In Berlin haben die Büroangestellten Erhöhung ihres Augustgehalts für September um 100 Proz. gefordert, nachdem die Gehaltssätze schon im August um weitere 40 Proz. gestiegen waren. Im allgemeinen — Preußen hat die Gebühren neuerdings auf das 20fache erhöht — [illegible] Gebührensätze der Bürokostenerhöhung nicht gefolgt. Es steht zu befürchten, daß eine auch im öffentlichen Interesse höchst bedenkliche Proletarisierung der Rechtsanwaltschaft eintritt, ja, daß in Kürze der ganze Stand wirtschaftlich zum Erliegen kommt. Die möglichst schleunige Erhöhung der gänzlich unangemessenen Gebührensätze der Reichs- und Landesgebührenordnungen bis zur Grenze dessen, was die Allgemeinheit tragen kann, ist dringend geboten. Beschleunigte Abhilfe ist um so mehr erforderlich, als es nicht nur wegen der Höhe der Bürounkosten, sondern auch mit Rücksicht auf die Aufwendungen für die erste Einrichtung eines Büros dem jungen Juristen kaum noch möglich ist, sich selbständig als Rechtsanwalt niederzulassen. Maßnahmen aber, welche lediglich die Gebührensätze betreffen, können allein den drohenden Ruin nicht aufhalten, weil sie das Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben auch bei stärkster Anspannung der Gebührensätze nicht beseitigen werden; es kann der deutschen Anwaltschaft vielmehr ernsthaft nur durch Erweiterung ihrer Arbeitsgebiete und durch Wegräumung der ebenso unzweckmäßigen wie ihres Standes nicht würdigen Einschränkungen derselben geholfen werden. Nach dieser Richtung hin ist insbesondere die uneingeschränkte Zulassung der Anwälte zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, sämtlichen Schlichtungsausschüssen und den neu geplanten Arbeitsgerichten erforderlich.

Ist die Reichsregierung bereit, von sich aus nach dieser Richtung hin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und bei den Landesjustizverwaltungen entsprechende Schritte anzuregen?

Sorge um Oberschlesien.

Der Ersatz der Schäden, die durch die fremdländischen Besatzungen und die drei Polenaufstände in Oberschlesien herbeigeführt worden sind, wird dadurch erheblich verzögert, daß die verschiedenen Arten von Schäden zum Teil von einem Reichskommissar, zum Teil von mehreren preußischen Dienststellen bearbeitet werden. Es ist daher für die Geschädigten oft schwierig, die für ihren Fall zuständige Stelle zu finden, auch wird vielfach doppelte Arbeit geleistet, anderseits kommt es auch vor, daß sich keine Dienststelle für zuständig hält. Infolgedessen hat die Fraktion der D. V. P. im Landtag an das Preußische Staatsministerium eine große Anfrage gerichtet, ob dieses bereit ist, im Benehmen mit der Reichsregierung eine Regelung in dem Sinne eintreten zu lassen, daß eine verantwortliche Persönlichkeit die Oberleitung in den gesamten Entschädigungsfragen erhält, so daß alle Schadenfälle an ein und derselben Stelle angemeldet und von dort aus der Bearbeitung zugeführt werden können?

* * *

Tausende von Flüchtlingen aus dem gegenwärtig zu Polen gehörenden Ostteil von Oberschlesien, die Deutsche bleiben wollen, wohnen mit ihren Familien gegenwärtig in den Grenzstädten in einer Weise, die den allerbescheidensten Anforderungen nicht entspricht. Drei und sogar vier Familien mit zusammen bis zu 18 Köpfen sind in einem mittelgroßen Zimmer, andere, darunter auch Frauen und Kinder, in Turnhallen untergebracht, die gar nicht oder mangelhaft heizbar sind. Diese Zustände haben die Fraktion der D. V. P. zu einer zweiten großen Anfrage veranlaßt, ob das Staatsministerium bereit ist, dafür Sorge zu tragen, daß

1. für den Winter eine Notunterbringung durch Aufstellung einer genügenden Anzahl von Wohnbaracken sichergestellt wird,
2. sobald technisch möglich, spätestens mit Beginn des Frühjahrs 1923, mit dem Bau einer ausreichenden Zahl von Dauerwohnungen begonnen wird?

* * *

Gestern hat die Fraktion der D. V. P. im Preußischen Landtag zu einem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts einen Antrag gestellt, der für solche Oberschlesier, die in der Zeit zwischen dem 1. Januar und 15. Mai 1922 einen Wohnsitz in den polnisch gewordenen Teilen Oberschlesiens gehabt haben, eine Erleichterung verschafft. Es soll für sie die Forderung, daß Wähler mindestens sechs Monate ihren Wohnsitz in der betreffenden Gemeinde gehabt haben müssen, in Fortfall kommen, sowohl für die Wahlberechtigung wie für die Wählbarkeit.

Siegen.

Am 4. November, vormittags 11 Uhr, findet in der Bürgergesellschaft eine Sitzung des Kreisvorstandes statt. Wir bitten die Mitglieder des Kreisvorstandes um recht zahlreiches Erscheinen und bitten gleichzeitig die Mitglieder der Partei zu dieser Sitzung mitzubringen. Die Tagesordnung zu dieser Kreisvorstands-Sitzung wird den Mitgliedern des Kreisvorstandes noch besonders zugehen.

„Den Finger drauf."

Zur Schuldlüge.

„Uns allen ist sehr wohl bekannt, daß wir uns auf einen Krieg an der Westfront vorbereiten, vornehmlich gegen die Deutschen."

Aus der russischen Militärzeitschrift „Raswjädtschik" vom 1. Januar 1914.

*

Folgen sozialistischer Verwaltungskunst.

Die Finanzlage Berlins ist geradezu verzweifelt. Der Berliner Magistrat hat jetzt der Stadtverordnetenversammlung eine Denkschrift zugestellt, in der die Notwendigkeit der Vereinfachung und Verbesserung des Verwaltungsapparates der Stadt eingehend begründet wird. Entlassungen einer größeren Anzahl von Angestellten werden sich nicht umgehen lassen, und auch die sachlichen Ausgaben müssen aufs äußerste eingeschränkt werden. Seit dem Abschluß des letzten Etatsjahres hat sich die Schuldenlast Berlins um etwa eine Milliarde vermehrt. Es heißt bereits, daß die Stadt am 1. Januar nächsten Jahres die Beamtengehälter nur zur Hälfte oder gar nur zu einem Drittel wird auszahlen können.

Alle größeren deutschen Städte haben unter der gegenwärtigen großen Teuerung schwer zu leiden, aber nur bei wenigen ist die Lage so katastrophal, wie gerade in Berlin. Seit der Revolution ist bekanntlich der Berliner Magistrat ganz oder überwiegend sozialistisch gewesen. Auf die verantwortlichsten Posten sind Männer gesetzt worden, bei deren Wahl die parteipolitische Zuverlässigkeit eine größere Rolle spielte, als die sachliche Befähigung. Die Berliner Straßenbahn arbeitet mit einem Riesendefizit, trotzdem sie weit schneller und höher ihre Tarife hinaufschraubt, als die anderen in Privatbesitz befindlichen Verkehrsunternehmungen. Infolge der organisatorischen Unfähigkeit der leitenden Männer müssen trotz der Finanznot immer neue Beamtenscharen eingestellt werden. Jetzt sieht sich sogar der „Vorwärts" genötigt, darauf hinzuweisen, daß die „Politik der dauernden Erweiterung des Beamtenapparates" im schroffen Widerspruch mit den Sparsamkeitstendenzen des sozialistischen Magistrats stehe. Wenn der Vorwärts weiter feststellt, daß nach zwei Jahren nur „diskutiert und nicht gehandelt" werde, so wird man sich diesen Vorwurf voll und ganz zu eigen machen können. Möglich, daß es zum Handeln jetzt schon zu spät ist!

*

Ein Schulbeispiel parteipolitischer Hetze.

Seitdem der Primaner Stubenrauch vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ausgesagt hat und wegen Verdachts der Mittäterschaft am Rathenaumord nicht beeidigt worden ist, hat sich ein wahrer Sturmlauf von links gegen das preußische Kultusministerium erhoben. Die sozialdemokratische Fraktion im Preußischen Landtag hat dazu eine Interpellation eingebracht, die in der sozialdemokratischen Presse mit der Überschrift versehen wird: Gegen Boelitz. Und nun der Tatbestand: Sofort nach dem Ergebnis der Leipziger Verhandlungen hat der preußische Kultusminister den Fall durch Feststellungen bei dem Provinzial-Schulkollegium und bei dem Realgymnasium in Steglitz aufgegriffen. Er hat also sofort nach dem Rechten gesehen. Dabei hat sich herausgestellt, daß Stubenrauch, der erst am 11. September außer Verfolgung gesetzt wurde, seit damals von dem Direktor der Anstalt, dem Oberregierungsrat Michaelis, vom Unterricht bis zur Klärung seiner Angelegenheit suspendiert wurde. Er wird jetzt von der Anstalt entfernt werden, und es trifft also in dieser ganzen Angelegenheit nur die Hetzer ein Vorwurf.

Schützer der Republik an der Arbeit

In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums in Hilchenbach kam eine Angelegenheit zur Sprache, die das weitestgehende Interesse beansprucht. Wir bringen diese Angelegenheit nach der Notiz des „Volkes" vom 23. Oktober 1922 ohne jeden Kommentar:

„In der letzten Stadtverordnetensitzung verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Seminardirektors Mevius. Danach hat der Vorsitzende der hiesigen Demokratischen Partei, der Seminarlehrer Hüsken, durch seinen Parteifreund Dr. Höpker-Aschoff dem Oberpräsidenten zur Weitergabe an den Minister für Wissenschaft usw. eine Beschwerde über den Seminardirektor einreichen lassen, in der es heißt: „Er (Mevius) hat in der Stadtverordnetenversammlung als Beamter der Republik gegen die Flaggenbeschaffung gestimmt" In der Stadtverordnetensitzung lag seinerzeit ein Antrag der Demokratischen und Sozialdemokratischen Partei vor, für das Rathaus die schwarz-rot-goldene Flagge zu beschaffen. Die einstimmige Ablehnung des Antrages erfolgte, weil nach einer Entscheidung des Gesamtministeriums staatliche Gebäude schwarz-weiß zu flaggen haben und weil man mit Rücksicht auf die finanziellen Schwierigkeiten der Stadt die hohen Anschaffungskosten scheute. Da Hüsken verschweigt, unter welchen Umständen die Abstimmung zustande kam, sieht das Stadtverordnetenkollegium in Hüskens Vorgehen gegen den Seminardirektor eine Denunziation und veranlaßt den Magistrat, diesen Entscheid dem Provinzial-Schulkollegium mitzuteilen."

Wenn in dieser Weise weiter gearbeitet wird, glauben wir ganz bestimmt, daß die Republik sehr große moralische Eroberungen macht und vor allen Dingen die Deutsch-demokratische Partei in Hilchenbach einen ungeheuren Zulauf hat.

An unsere Leser!

Die Not der Zeit zwingt auch uns, kleine Veränderungen an dem Erscheinen des Beobachters vorzunehmen. So wird die nächste Nummer als Doppelnummer erst in 14 Tagen erscheinen, und zwar am 11. November als Nummer 44 und 45. Außerdem wird der Abonnementspreis für das Jahresabonnement auf 100.— M erhöht. Wir bitten unsere Parteifreunde, dieser Notlage das nötige Verständnis entgegenzubringen und die Differenz zu dem bereits gezahlten Betrag nachzuzahlen.

Die Geschäftsstelle des Beobachters.

Gefunden wurde anläßlich des Parteitages ein Regenschirm, der in der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, abzuholen ist.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Wäschehaus Franz Scharfiger
Siegen
bietet an:
Oberhemden, Herren-Unterzeuge,
Kragen, Krawatten.
Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Parteibüro der D. V. P.
Siegen, Brüderweg 1.

4
Gemälde
Originale erster Meister für 9000.— M. aus Privatbesitz zu verkaufen. Offerten unt. P. 400 an die Geschäftsstelle des „Beobachters".

Jeder bestelle den Beobachter!



Kenner verlangen
Krombacher Pilsener

helle und dunkle Biere wegen ihrer besonderen Güte.

Hasbrauerei A.-G.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für
den herrschaftlichen
u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12–16.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen aller Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.
Schmiedestücke.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

M. Stern Aktiengesellschaft

Essen

Fernruf: Amt Essen 9340 bis 9348 und 9206 bis 9209.
Für die Lagerbetriebe: Amt Gelsenkirchen 480 bis 483.

Schrottbedarf aller Art. | Bleche aller Art. | Nutzeisen.

Schrottzerkleinerungswerke. Späneblockwerke.

Vertreter:
Fritz Henk, Siegen i. W., Obenstruthstraße 32.
Fernruf 1718.

Rheinmetall

Schreibmaschine
Sofort lieferbar.
Prospekte zur Verfügung durch die Vertretung
Wilh. Lemke, Siegen i. W.
Fernruf 2011. Löhrstraße 39
Büro-Bedarf.

Koch & Panthöfer

Weidenau-Sieg
Fernruf Nr. 412. Unt. Friedrichstr. 8.

Eisenwaren - Werkzeuge
Bau- und Möbelbeschläge
:-: Oefen u. Herde. :-:

Eisen- und Metallwerke
G. m. b. H.
Ferndorf
Kreis Siegen
liefern:

Zahnräder

Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder, Schnecken kompl. und Verzahnen eingesandter Körper :: :: ::

Jul. aus Stahlschmidtsche Werke
G.m.b.H.
Kreuztal, Krs. Siegen.
Lochanstalt.
Kesselschmiede, Apparatebau
Blechschweisserei.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)

Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1225

Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma **Otto E. Meise, Hamburg,** Oele, Fette, Putzwolle und der Firma **J. J. Glorius, Magdeburg,** Farben und Lacke.

Herstellung von Feilen aller Art

Aufhauen stumpfer Feilen
Lieferung von Metallsägen jeder Gattung.
Gegr. 1875.

Feilenfabrik und Schleiferei
Wilhelm Hähn
G. m. b. H., **Ferndorf.**

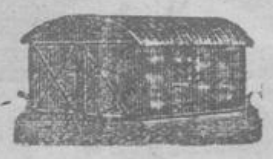
Heinrich Demanat,
Ferndorf i. W.

Fuhrwesen : Hauderei : Lagerung
Uebernahme aller Transporte.

Fernruf 153 Amt Kreuztal.

WEIDENAU.

Kurzfristig lieferbar, **Wellblech-**



Lagerliste auf Wunsch.

Autogaragen

Gebr. Achenbach
G. m. b. H.,
Weidenau-Sieg. — Postfach Nr. 247.

Paul Haubrich
WEIDENAU.
Inhaber der Niederlage von Tengelmanns Kaffeegeschäft
Kolonialwaren, Delikatessen und Weinhandlung
Wilhelmstraße. — Ruf 406.

Präcisions-Zahnräder
aller Art.
Stirn-, Schnecken- und Schraubenräder
nach dem Abwälzverfahren.
Rohhaut-Räder. Zahnstangen
Verzahnen von vorgedrehten Radkörpern schnell u. billig.
Machinenfabrik Ed. Sprenger
Weidenau.

August Braun
Weidenau, Büromöbelfabrik
Untere Friedrichstraße. – Fernruf 638.

Löwen-Drogerie
Fritz Müller
Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.
Weidenau, Unt. Friedrichstraße. Ruf 891.

HOTEL PATT
(Haltestelle der Strassenbahn)
Erstes u. ältestes Haus am Platze
Gute und billige Verpflegung.

Wilhelm Schweisfurth
Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.
Weidenau, Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

H. Capito & Co.,
Weidenau-Sieg
Fernruf 149 Lager U. Friedrichstr. 12.
Stab-, Band- und Formeisen aller Art.
Eisenbleche.
Röhren- und Verbindungsstücke.
Sämtliche Kleineisenwaren.

Johann Reinhard
Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel
Weidenau, Wilhelmstr. Ruf 387

Josef Thelen, Weidenau
Spezialhaus für Innendekoration,
Lederwaren und Reiseartikel
Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Möbelhaus Flender,
Tel. 1244 **Weidenau-Sieg** Tel. 1244.
Wohnungseinrichtungen
in einfachster bis vornehmster Ausführung.
Einzelmöbel — Büromöbel — Sarglager.

Schuhhaus
Paul Saßmannshausen
empfiehlt sich beim Einkauf
erstklassiger Schuhwaren
Weidenau, Wilhelmstraße (Haltest. Hotel Patt). Ruf 836.

C. W. VOGEL
G. M. B. H.
ROHRLEITUNGEN BEHÄLTER DRUCKKESSEL KAMINE :
EISEN- U. BLECHWAREN-FABRIK
KESSELSCHMIEDE
SIEGEN I. W.
BLECHARBEITEN GENIETET GESCHWEISST ROH U. VERZINKT

Albert Grimm
Uhren u. Goldwaren, Optik.
Eigene Reparaturwerkstätte
Weidenau, Wilhelmstraße

Zigarren-Spezialgeschäft
Heinrich Sänger
Allervorteilhafteste Bezugsquelle in
sämtlichen Tabakfabrikaten
für Wiederverkäufer zu Originalpreisen
Weidenau, Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

NÖH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG
KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK-
NIETEN
GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN